

Basel Institute of Commons and Economics World Social Capital Monitor

Deutsche Presse Agentur per mail an: politik-international@dpa.com

Kein Terrorismus, sondern Amokläufe - Erklärung zum Amoklauf in Nizza

Basel, den 16. Juli 2016

Nachdem in zahlreichen Medien und auch von Politikern der Amoklauf in Nizza in Verbindung mit ISIS und militantem Islamismus gebracht wird – so forderte etwa im Deutschlandfunk Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) als Reaktion eine stärkere Sicherung der EU Außengrenzen und eine Verbesserung der Geheimdiensttätigkeit, MdE Cohn-Bendit forderte die Eroberung von Raqqa – möchten wir folgende Punkte feststellen:

- 1) Die zahlreichen Amokläufe von europäischen und US-Bürgern in den USA, Frankreich und Belgien sind keine Taten eines ‚internationalen Terrorismus‘, sondern Einzeltaten ohne eine konkrete politische Forderung oder ein politisches Ziel.
- 2) Die undifferenzierte Berichterstattung der Medien über den Islam als ‚islamistische Gewaltreligion‘ führt zu Identifikations- und Solidarisierungseffekten auch bei bisher unpolitischen und nicht religiösen Menschen.
- 3) Amokläufe von bisher politisch und strafrechtlich nicht in Erscheinung getretenen Einzeltätern können durch Polizei, Sicherheitsdienste und Militär nicht verhindert werden. In Israel bzw. Palästina griff etwa eine Hausfrau einen israelischen Soldaten mit dem Messer an.
- 4) Die Erhebung von tragischen Amokläufen zu politischen Taten mit der entsprechenden Medienaufmerksamkeit ermuntert Nachahmer zu ähnlichen Taten, deren Ort, Zeitpunkt und Mittel völlig unkalkulierbar sind.
- 5) Die Bezeichnung dieser Amokläufe als Taten eines ‚internationalen Terrorismus‘ behindert die politische Lösung der Konflikte in den Kriegsgebieten, indem Konfliktparteien pauschal als ‚Terroristen‘ ausgegrenzt und nicht am politischen Friedensprozess beteiligt werden.
- 6) Die einseitige Reduzierung von individuellen Gewalttaten auf die Frage der Sicherheit und Überwachung in Europa täuscht darüber hinweg, dass der Großteil politisch motivierter Gewalttaten in den Konfliktgebieten nicht von Einzeltätern, sondern von staatlichen bzw. staatlich unterstützten Gruppen begangen wird.
- 7) Zur Durchsetzung von UN SDG Nummer 16 – Frieden – ist deshalb jede Form des Gewalteinsatzes zur Lösung politischer Konflikte abzulehnen, also auch die Bomben- und Drohnenangriffe durch staatliche Akteure.
- 8) Insofern individuelle Einzeltaten politisch oder religiös begründet werden, ist diese Begründung – so im Prozess gegen den norwegischen Amokläufer Anders Breivik – im Ermittlungsverfahren zu hinterfragen.
- 9) Die französische Regierung kann die Sicherheit nur dadurch erhöhen, dass sie alle gesellschaftlichen, ethnischen und sozialen Gruppen Frankreichs in eine Gemeinschaftsregierung einbindet, in der das zur Erreichung von Frieden und Stabilität notwendige Sozialkapital geschaffen wird.

Basel Institute of Commons and Economics World Social Capital Monitor

Über das Basel Institute of Commons and Economics

Das 2009 gegründete Institut bewertet das sogenannte *Sozialkapital* – etwa Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Solidarität – in zahlreichen Entwicklungsländern und in 30 Sprachen.

Der World Social Capital Monitor ist ein Projekt im Rahmen der UN-Partnerschaften für die Umsetzung der UN Sustainable Development Goals No. 8, 11, 10 und 16:

<https://sustainabledevelopment.un.org/partnership/?p=11706>

Das Institut hat sich über seine Veröffentlichungen zum Zusammenhang von Staatsschulden und Sozialkapital einen Namen gemacht und dafür 2014 das sogenannte „Basel Kriterium“ veröffentlicht:

http://commons.ch/wp-content/uploads/The_Banker_Basel_Criteria_January_2014.pdf

Contact:

Dr. Alexander Dill

Director

Basel Institute of Commons and Economics

Gerbergasse 30

CH 4001 Basel

Switzerland

Phone: 0041 61 261 35 21

www.common.ch